

Neuregelung zur Grundversorgung: Ukrainer in Wien vor neuen Hürden!

Die Grundversorgung für Vertriebene aus der Ukraine wird neu reglementiert. Teure Autos dienen als Ausschlusskriterium.

Wien, Österreich - Im Zuge der anhaltenden Krise in der Ukraine plant Österreich eine schärfere Regelung für die Grundversorgung von Vertriebenen. Ab Januar könnten Ukrainer gezwungen werden, ihre Autos zu verwerten, um weiterhin Unterstützung zu erhalten. Dies betrifft insbesondere Personen, die als hilfsbedürftig gelten. So wird festgelegt, dass Besitzer teurer Fahrzeuge kaum noch Ansprüche auf Grundversorgung geltend machen können, während weniger prestigeträchtige Autos nicht automatisch zum Ausschluss führen. Diese Maßnahmen sind offenbar eine Antwort auf die steigende Zahl von Bedarfsträgern, die seit dem Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine zugenommen hat, wie **Kleine Zeitung** berichtet.

Aktuell sind laut dem Koordinationsrat von Bund und Ländern etwa 70.400 Personen in der Grundversorgung in Österreich, wobei 53 Prozent davon Ukrainer sind. Eine Einzelfallprüfung in Wien bleibt bestehen, wodurch die Stadt einen eigenen Weg geht, während in anderen Bundesländern ein strengerer Ansatz verfolgt wird. Kritiker argumentieren, dass jedem, der in der Lage ist, sich Kraftstoff und Versicherung für sein Auto zu leisten, nicht als hilfsbedürftig angesehen werden sollte, und so eine Art von Ungerechtigkeit entstehen könnte. In diesem Kontext wird weiterhin über die genaue Ausgestaltung und Umsetzung dieser neuen Regelungen diskutiert, um den zunehmenden Druck auf die Grundversorgung in Österreich zu

adressieren, wie ebenfalls von **ORF** berichtet.

Details	
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• www.kleinezeitung.at • orf.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at